

Coburg und die Revolution von 1848/49

Die Märzforderungen 1848 in Coburg

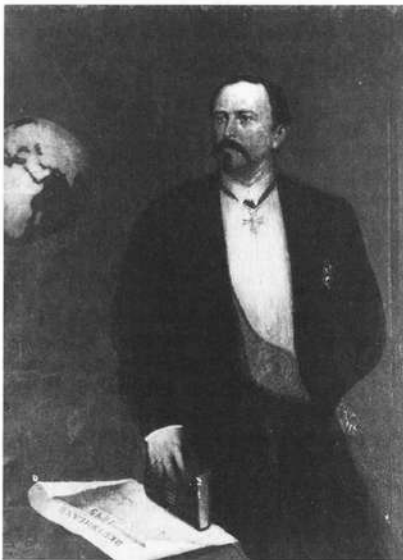
Als im Februar 1848 in Paris die Revolution ausbrach und zur Flucht des französischen Bürgerkönigs Louis Philippe nach London führte, weilte Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg und Gotha gerade bei seinem Bruder Albert in England. Er eilte nach Deutschland zurück und traf am 7. März in Gotha ein. In Coburg hatten die Bürger mit großem Interesse von den Unruhen in Frankreich und in den deutschen Staaten, besonders von der Abdankung König Ludwigs I. von Bayern, gehört, und auch die Märzforderungen der Mannheimer Bürger zur Kenntnis genommen. Bürgermeister Leopold Oberländer ließ durch einen Anschlag für den 6. März zu einer Bürgerversammlung einladen, auf der die bekannten „Märzforderungen“, zugeschnitten auf Coburg, angenommen wurden: „Vor unserem gnädigsten Herzog und Herrn legen wir daher vertrauensvoll die ehrerbietigste Erklärung nieder, daß wir uns in diesen Tagen aller Orten in Deutschland kund werdenden Petitionen um Preßfreiheit, Versammlungsfreiheit, Volksvertretung bei dem Deutschen Bunde, Volksbewaffnung und Geschworenengerichte ... anschließen. Darum bitten wir die sofortige Einberufung der Ständeversammlung gnädigst verfügen zu wollen.“ Dazu tritt der unüberhörbare Ruf nach der Einheit Deutschlands. Diese Petition mit ihren gemäßigten Forderungen mag bereits typisch für den Ablauf der revolutionären Ereignisse in Coburg sein. Die gebildete Schicht des Bürgertums, die schon bisher in der Lokalpolitik eine tragende Rolle gespielt hatte, sowie der für damalige Begriffe vermögende Handwerkerstand übernahmen die Führung und wiesen damit von vornherein radikale Strömungen in ihre Schranken. Somit wurden soziale Mißstände nicht genannt, wie auch materielle Interessen weit hinter die großen nationalen Anliegen auch in Coburg traten. Am 12. März 1848 traf die Ant-

wort des Herzogs aus Gotha als „Proklamation an die Bürger der Residenzstadt vom 10. März“ ein. Darin teilt er seinen Entschluß mit, den Landtag des Herzogtums Coburg für 2. April 1848 einzuberufen, wo dann all die anstehenden Fragen und Forderungen besprochen werden können.

Die Bürgerwehren im Coburger Land

Der Gedanke der Volksbewaffnung war während der Befreiungskriege gegen Napoleon meist mit Billigung der damaligen Regierungen, vor allem durch die freiwilligen Jägerkorps, in die meist Studenten eintraten, geboren worden. Sie erkoren auch die schwarz-rot-goldene Kokarde und „deutsche Trikolore“ zum Symbol des Freiheitskampfes: aus dem Dunkel der Knechtschaft unter Napoleon durch blutigen Kampf zum goldenen Licht der Freiheit. Das galt auch 1848 noch, wobei man statt Napoleon „die Reaktion der deutschen Fürsten“ zu setzen hatte.

Am 14. März 1848 erließ Bürgermeister Oberländer einen Aufruf zur „Bildung einer Bürgergarde“. Jeder unbescholtene Mann ab 19 Jahren sollte sich demnach beim Polizeiamt in das Verzeichnis der Bürgergarde einschreiben. Die Bürgergarde sollte zunächst aus 500 Mann bestehen und mit dem bestehenden Militär oder bei Bedarf anstelle desselben Ruhe und Ordnung im Land aufrechterhalten. Es stellten sich zu den ersten Übungen auf dem Coburger Marktplatz zahlreiche Bürger zur Wahl ihrer Führer bzw. Offiziere und zur Entgegennahme von Gewehren ein, die aus dem herzoglichen Arsenal auf der Veste kamen. Mehrere Vereine stellten sich geschlossen zum Dienst in der Bürgerwehr zur Verfügung, am 28. März 1848 erklärten die 30 Mitglieder der Hof- und Theaterkapelle als Musikkorps der Bürgerwehr ihren Eintritt.



Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg und Gotha (geb. 1818; reg. 1844–1893).

Foto nach dem Ölbild von Gustav Schauer im Gymnasium Ernestinum in Coburg, auf dem Tisch eine Karte mit der Überschrift „Deutschland 1849“. Die Schule wurde 1848 aufgrund der Initiative politisch aktiver Coburger Bürger als „Höhere Bürgerschule“ für die „Realien“ (Moderne Fremdsprachen und Naturwissenschaften) ins Leben gerufen; erst 1875 verlieh ihr Herzog Ernst II. seinen Namen.

Am 30. März 1848 erfolgte um 10 Uhr auf dem Coburger Marktplatz die feierliche Vereidigung des herzoglichen Militärkontingents zusammen mit der Bürgerwehr auf die schon 1821 von Herzog Ernst I. eingeführte Landesverfassung. Der geleistete Eid hatte folgenden Wortlaut: „Wir schwören Treue dem Herzog, Gehorsam dem Gesetze, Beobachtung der Staatsverfassung, so wahr uns Gotte helfe und sein heiliges Wort durch Jesum Christum, Amen“. Die-schwarz-rot-goldenen Kokarden wurden daraufhin nicht nur von den Mitgliedern der Bürgerwehr in Coburg getragen, sondern auch von hohen Beamten, Handwerkern, Schuljungen und auch von den Polizeidienern. Dabei setzte

sich mehr und mehr das Anlegen der Hand als Gruß in weiten Teilen der Bevölkerung durch, während man das Ziehen des Hutes als Untertanenverhalten empfand. Die feierliche Übergabe der schwarz-rot-goldenen Fahne an die Bürgerwehr sollte ursprünglich am Geburtstag des Herzogs, dem 21. Juni, erfolgen, wurde jedoch auf den nächstfolgenden Sonntag, 25. Juni 1848, verschoben. Somit wurde die Fahnenweihe zu einem wahren Volksfest, das den Landesherrn und seine Bürger in friedlicher Eintracht vereinte.

Sozialrevolutionäre Gedankengänge oder radikale Vorgehensweisen kann man angesichts der zeitgenössischen Schilderungen der Fahnenweihe, wie sie uns in verschiedener Weise vorliegen, wahrlich nicht erkennen. Die Begeisterung für die Bürgerwehr war allgemein so groß, daß man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, die meisten Bürger hätten in ihr einen ersten Erfolg der revolutionären Bemühungen von 1848 gesehen.

Man sah dadurch die Lasten für das stehende Heer des Herzogs vermindert, und vor allem war zum ersten Mal eine Einrichtung auf Initiative der Bürger entstanden. Allgemein sah man in der Bürgerwehr den Hort für Freiheit und Ordnung. Bekanntlich waren im Coburger Herzogtum in allen größeren Gemeinden während des Jahres 1848 Bürgerwehren gebildet worden, so in Neustadt, Rodach, Sonnefeld, wo die Fahnenweihe erst am 24. Juni 1849 stattfand, Einberg und auch in der Coburger Exklave Königsberg. Dort fand die Fahnenweihe am 22. Oktober 1848 statt, nachdem der Herzog nach langem Zögern Musketen zur Ausstattung geschickt hatte. Am 22. September 1852 wurden die Gewehre von Königsberg wieder auf die Veste Coburg zurückgebracht. So schien auch dort die Bürgerwehr wieder aufgelöst worden zu sein. Doch nahmen die Königsberger in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts die Tradition der Bürgerwehr als einzige im Coburger Land wieder auf und pflegten alljährlich am Dienstag nach Pfingsten die Erinnerung an 1848 durch den Auszug der Bürgerwehr in historischen Uniformen.

Der Sonderlandtag und die Reformgesetzgebung vom April 1848

Auf Wunsch des Herzogs hatte sich für den Tag der Eröffnung des Landtags im Riesensaal des Residenzschlosses Ehrenburg die Bürgerwehr bereit erklärt, die Schloßwache zu übernehmen. So wurde am 3. April 1848 um 10 Uhr die Bürgerwehr auf dem Marktplatz zusammengerufen und zog mit Musik vor die Ehrenburg, wo die Militärposten von den Bürgerwehrmännern abgelöst wurden. In dichten Reihen mußten die Bürgerwehrmänner einen Schutzwall gegen das andrängende Publikum bilden. Man hatte vorsorglich schon vorher 500 Eintrittskarten ausgegeben, da der Riesensaal nicht mehr Leute faßte. Gegen 12 Uhr fuhren 9 der insgesamt 11 Landtagsabgeordneten in herzoglichen Hofkutschen vor; allerdings fehlten die beiden wichtigsten, nämlich Landtagsdirektor Haubold von Speßhardt und Landtagssekretär Moriz Briegleb, die beide zur Vorbereitung der Nationalversammlung in Frankfurt weilten.

Die seit 31. März 1848 erscheinende „Land- und Stadtzeitung für Coburg“ berichtete in ihrer Ausgabe vom 5. April sehr ausführlich und mit begeisternden Worten, indem sie „von einem Glanzpunkt in der Geschichte unseres engeren Vaterlandes“ sprach. „Der Herzog hat in eigener Person den Landtag eröffnet. Er hat uns einen neuen untrüglichen Beweis von seinen wahrhaft constitutionellen Gesinnungen, von seiner Liebe zum Volke ... gegeben.“

Der Herzog ließ dann mitteilen, daß im Laufe der letzten Woche durch die Deputation (= ständiger Ausschuß des Landtags) zu folgenden Gesetzesvorlagen die verfassungsmäßige Vorprüfung erfolgt ist:

- über Preßfreiheit,
- über freies Versammlungs- und Petitionsrecht,
- über Beförderung der Privatwaldungen.

Ohne Verzug werden an die Stände folgende Gesetzesvorschläge gelangen:

über Einführung des Badischen Strafbuches,

über Abschaffung der körperlichen Züchtigung in allen Criminal-, Polizei-, Militär- und Disciplinarstrafsachen,

über Annahme der in Leipzig beratenen allgemeinen Wechselordnung,

über Einführung von Friedensrichtern, über Ablösung sämtlicher Grundlasten,

über Einführung einer Einkommensteuer behufs gleichmäßiger Verteilung der Staatslasten.

Unter weiteren wichtigen Angelegenheiten führte der Herzog vor allem die Vereinigung der beiden Herzogtümer Coburg und Gotha in einer Realunion durch eine gemeinschaftliche Verfassung an.

Bereits am 12. April 1848 beschloß der Landtag ein Gesetz zur Wahl eines Abgeordneten für ein deutsches Parlament, und zwar durch alle Staatsbürger in indirekter Wahl durch Wahlmänner. Am 22. April stellte der Landtag den Antrag auf Auflösung und Wahl eines neuen Landtags, da die Zusammensetzung des bisherigen nicht mehr der Zeit entspreche. Die Urwahlen, d.h. die Wahl der Wahlmänner, erfolgten am 2. Juni, die Wahl der Abgeordneten zu diesem „Revolutionslandtag“ durch die Wahlmänner am 20. Juni 1848. Gertraud Frühwald bemerkt in ihrer Dissertation über „Herzog Ernst II. und sein Herzogtum Coburg in der Revolution von 1848“ (München 1952): „Die Wahlen brachten eine Verstärkung der konsequent-demokratischen Richtung vor allem bei den ländlichen Abgeordneten. Die Mehrheit stand aber auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie.“

Der neugewählte Landtag trat am 22. September 1848 zusammen, hatte zahlreiche Gesetze im Sinne der revolutionären Bewegung beraten und beschlossen und mußte mit zunehmender Reaktion die meisten Beschlüsse aufheben oder stillschweigend als erledigt betrachten. Er tagte noch bis Dezember 1849, als er wegen seiner Opposition gegen den Beitritt des Herzogs zum Dreikö-

nigsbündnis, und damit zur späteren preußischen Union, aufgelöst wurde.

Die politischen Gruppierungen in Coburg 1848/49

Im Laufe der Volksbewegung 1848/49 bildete sich ein „demokratisch-monarchischer Verein“ heraus, dessen Wortführer Moriz Briegleb war. Er stand ganz auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie. Sein politischer Gegenspieler war Feodor Streit, Anhänger der Republik.

Moriz Briegleb (1809 – 1872) ein großer Liberaler für Coburg und Deutschland

1809 geboren am 10. November in Coburg als ältester Sohn des Advokaten und Administrators bzw. späteren Besitzers des Ritterguts Einberg bei Coburg Karl Friedrich August Briegleb; der Großvater Johann Christian Briegleb war seit 1768 Professor und von 1796 bis 1805 Direktor am Gymnasium Casimirianum zu Coburg.

1829 Abschluß des Gymnasiums Casimirianum.

bis 1832 Studium der Rechtswissenschaften in Jena und Heidelberg; (Burschenschaft Germania zu Jena).

23. 10. 1832 Prüfung vor dem Justizkollegium in Coburg. Aktuar beim Justizamt in Königsberg (Coburger Exklave), Hofadvokat und Gerichtshalter in Coburg.

1833 Verteidiger von vier Coburger Mitgliedern der Burschenschaft „Germania“ gegen die Anklage der Teilnahme an studentischen Unruhen (Hambacher Fest, Frankfurter Wachensturm), darunter sein Vetter und Volksliedersammler Ludwig Friedrich Laurentius Briegleb, der zu drei Monaten Haft auf der Veste verurteilt und zur Auswanderung nach Amerika abgeschoben wurde.

10. 10. 1837 Heirat mit Emilie Braun. Tochter des Rentanten der Hauptdomänen- und Landeskasse Friedrich Braun. Erwerb des



Moriz Briegleb (1809 – 1872)
(Original-Lithographie im Besitz von Herrn Apotheker Wilhelm Leffler, Coburg)
Repro: Staatsarchiv Coburg

Anwesens Steintor 1 hinter dem Marstall. Vier Kinder: Amalie (1838), Carl (1839), Odo (1842), Marie (1844).

1839 erstmaliges Vorgehen gegen das „Recusationsrecht“, aufgrund dessen Herzog Ernst I. (geb. 1784; reg. 1806–1844) mißliebige Abgeordnete aus dem Landtag entfernte.

1842 – 43 Mitglied des Landtags und Führer der liberalen Opposition. Gegen die vom Herzog verfügte Auflösung des Landtags am 3. März 1843 veröffentlicht er im „Ausland“ (= Sonneberg!) eine Protestschrift, weswegen gegen ihn eine „Kriminaluntersuchung wegen offener Widersetzlichkeit und Hintansetzung der beschworenen Verfassung, Hochverrats und Majestätsbeleidigung“ eingeleitet wird. Briegleb wird durch das Oberappellationsgericht Jena in allen Punkten freigesprochen.

29. 1. 1844 Der frühe Tod Ernsts I. und das einsichtige Einlenken seines Nachfolgers

Ernst II. (geb.1818; reg.1844-1893) retten Briegleb vor weiteren Verfolgungen.

1844 Stadtverordneter und erneut Mitglied des Landtags.

1846 Schöpfer der „Coburger Stadtordnung“ vom 15. Dezember; Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung und erneut Landtagsabgeordneter.

1847 belgischer Hofrat.

März 1848 sofort nach Heidelberg zur Versammlung der süd- und westdeutschen Landtagsabgeordneten zur Vorbereitung des Vorparlaments.

31. 3. – 2. 4. 1848 Mitglied des Vorparlaments in Frankfurt.

4. 4. 1848 Wahl in den Fünzigerausschuß und zu einem der beiden Schriftführer zur Vorbereitung der Wahl zur Nationalversammlung.

25. April 1848 in der Versammlung der Wahlmänner im Coburger Rathaus wird Briegleb, der in Frankfurt weilt, mit 224 von 262 abgegebenen Stimmen in die Nationalversammlung (Paulskirche) gewählt. Sein Hauptgegner in der Versammlung ist Feodor Streit, der unbedingt den republikanisch gesinnten Joseph Meyer, Herausgeber des berühmten Meyers-Lexikon in Hildburghausen, als Abgeordneten sehen möchte. In der Nationalversammlung schließt er sich dem „Rechten Zentrum“ oder der „Casinopartei“ um die großen Liberalen Bassermann und Welcker aus Baden, Heinrich von Gagern aus Hessen, Georg Waitz aus Hannover, von Rotenhan aus Bayern, von Schmerling und von Andrian-Werburg aus Österreich an.

Tätig in drei Ausschüssen, davon in einem als Schriftführer. Befürworter der „kleindeutschen“ Lösung für das künftige Deutsche Reich, also einer konstitutionellen Erbmonarchie unter Führung Preußens.

3. April 1849 Mitglied der Kaiserdeputation in Berlin, die König Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserkrone anbietet, die dieser ablehnt. Damit scheidet die Revolution von 1848.

Anfang Mai 1849 Reichskommissar für das Königreich Sachsen, um dort die Ruhe wieder herzustellen.

20. 5. 1849 Niederlegung des Mandats in der Deutschen Nationalversammlung.

1849 Mitwirkung im Nachparlament zu Gotha.

1851 Wieder im Coburger Landtag, wo er ein „Gesetz zur endgültigen Ablösung aller Feudallasten“ durchsetzt, und in der Coburger Stadtverordnetenversammlung.

Legt alle politischen Ämter nieder und ist wieder als Rechtsanwalt tätig. In den Folgejahren Entfremdung mit Ernst II.

April 1851 Bestellung zum Generalbevollmächtigten des Prinzgemahls Albert für dessen Besitzungen in Deutschland.

Berufung durch König Leopold I. der Belgier zum Verwalter von dessen Domänengütern in Deutschland, Mähren und Ungarn.

1862 Generalbevollmächtigter für alle Angelegenheiten der Königin Victoria in Deutschland nach dem Tode Alberts und für die deutschen Angelegenheiten des britischen Thronfolgers Prinz Edward of Wales.

1865 Ehrenamt eines Coburger Magistratsrats.

1867 Der belgische König Leopold II. und dessen Schwester Ex-Kaiserin Charlotte von Mexiko setzen ihn für alle Angelegenheiten in Deutschland (z.B. für Niederfüllbach) zum Generalbevollmächtigten ein.

3. März 1871 Wahl mit überwältigender Mehrheit für den Wahlkreis Coburg in den neuen Reichstag nach Berlin, wo er sich der Nationalliberalen Partei anschloß.

28. April 1872 überraschender Tod in Berlin, ohne nochmals politisch wirksam geworden zu sein.

Feodor Streit (1820 -1904)

Vorkämpfer für eine soziale Demokratie

1820 geboren am 2. September in Hildburghausen als Sohn des ehemaligen Offiziers der Befreiungskriege Gustav Wilhelm Streit und seiner Ehefrau Esther Müller, Tochter des Superintendenten und Gründers des Hildburghäuser Lehrerseminars Wilhelm Müller. Umzug des Vaters in das damals noch hildburghäusische Amt Sonnefeld, das 1826 an Sachsen-Coburg fiel. Damit ist Streit sachsen-coburgischer Untertan.

1841 Abschluß des Gymnasiums Casimirianum zu Coburg.

bis 1846 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Jena (Burschschafter) und Heidelberg, wo er die Burschenschaft verläßt und enge Freundschaft mit adligen Mitstudenten schließt, darunter mit den badi-schen Prinzen Ludwig und Friedrich. Brüdern der Herzogin Alexandrine von Sachsen-Coburg und Gotha, aber auch mit zahlreichen Linksliberalen aus Baden.

22. 5. 1846 Mündliche juristische Prüfung; seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, darunter seine Doktorarbeit, ziehen sich noch bis 1848 hin und werden im Strudel der revolutionären Ereignisse nicht zu Ende geführt.

1848 Übernahme in den Justizdienst in Sonnefeld, aus dem er sich im Frühjahr sofort beurlauben läßt, um mit demokratisch gleichgesinnten Freunden in Baden, Frankfurt, im Elsaß und in der Schweiz über die Chancen der Revolution zu beraten. Nach der Rückkehr nach Coburg Gründung eines „demokratischen Bürgervereins“.

25. April 1848 Bei der entscheidenden Versammlung der Wahlmänner zur Wahl eines Abgeordneten in die Nationalversammlung im Coburger Rathaus tritt er als Wahlmann für Sonnefeld offen für die Republik als Staatsform und vor allem für Joseph Meyer, den Chef des Bibliographischen Instituts in Hildburghausen, als Coburger Kandidaten für die Paulskirche ein. Bekanntlich wird der nationalliberale Moriz Briegleb als Abgeordneter der Deutschen Nationalversammlung gewählt.



Fedor Streit (1820 – 1904).
(Staatsarchiv Coburg, Bildsammlung I, 494)

Foto: D. Hildebrand

4. 10. 1848 Austritt aus dem Staatsdienst.

6. 10. 1848 Übernahme des von Karl Neubert im Mai ins Leben gerufenen "Coburger Tageblatts", das er nun voll in den Dienst seiner demokratischen Ideologie stellte. Im Gegensatz zu Briegleb trat er für die Republik in Deutschland ein, wobei er sich durchaus vorstellen konnte, Österreich in irgendeiner Form mit in einem zukünftigen deutschen Bundesstaat zu sehen.

15. 1. 1849 Gründer, Herausgeber und Chefredakteur der „Neuen Deutschen Dorfzeitung“ als Organ einer demokratischen Partei für das gesamte Coburger Land, Thüringen und das angrenzende Franken.

Die zunehmenden Auseinandersetzungen mit den Anhängern Brieglebs und vor allem mit dessen Politik in Frankfurt sowie sein Auftreten bei verschiedenen Versammlungen ließen zwar im Herzogtum Sachsen-Coburg eine lebendige politische Streitkultur entstehen, brachten ihm aber zunehmend Prozesse

wegen Verleumdungen, übler Nachrede und Majestätsbeleidigung ein, so daß er trotz mancher Freisprüche zwischen 1848 bis 1852 bis zu 40 Monate im Coburger Zeughaus in Haft saß, wobei er selbst nicht wußte, ob er gerade eine Strafe absaß oder in Untersuchungshaft war.

9. 7. 1851 Einstellung der „Neuen Deutschen Dorfzeitung“.

17. 10. 1851 Einstellung des „Coburger Tageblatts“.

1851 Heirat mit Friederike Luise Saalmüller, Tochter des Strafanstaltsinspektors von Untermaßfeld bei Meiningen, mit der er auch schon als Student verlobt war. Sie schenkte ihm eine Tochter und einen Sohn, der schon im frühen Kindesalter starb.

1857 – 1867 Abgeordneter des Coburger Landtages; als solcher trat er immer wieder für die Besserstellung der unteren Volksschichten, für die Freiheit der Presse und für die Einheit Deutschlands ein, die nach seinen Vorstellungen mit der völligen Vereinigung der Herzogtümer Sachsen-Coburg und Sachsen-Gotha beginnen sollte. Mit diesen Gedankengängen stimmte er völlig mit den Vorstellungen Ernsts II. überein, der ihn sogar zum Kabinettssekretär machen wollte. Auch betonte Streit des öfteren, daß seine gerichtlichen Verfolgungen während der Revolutionszeit 1848 - 1852 nicht von Herzog Ernst II. veranlaßt worden seien. Sein Verhältnis zu seinem Landesherrn war zum Ärger seiner politischen Gegner immer gut, so daß ihn Ernst II. mit in seine „vereinsdemokratischen Bemühungen“ um die Einheit Deutschlands einbeziehen konnte und wollte.

16. 10. 1859 Der in Frankfurt gegründete „Nationalverein“ verlegte seinen Sitz aufgrund des Entgegenkommens Ernsts II. nach Coburg, da die damals noch Freie Stadt Frankfurt Schwierigkeiten mit den Großmächten Preußen und Österreich befürchtete. Streit wird in den Ausschuß und zum Geschäftsführer gewählt.

3. – 5. Mai 1860 Organisation der ersten Generalversammlung des „Nationalvereins“ in der Reithalle am Schloßplatz. Herausgeber

und Redakteur der „Wochenschrift des Nationalvereins“, die wegen des Verbots in Preußen dort 1863 unter dem Titel „Die Aera“, dann 1864 unter dem Titel „Iris“ und schließlich als „Zwanglose Blätter des Deutschen Nationalvereins“ erschien.

16. – 19. Juni 1860 Erstes Deutsches Turnfest in Coburg;

Juli 1861 Streit gründet die „Turn- und Volkswehrzeitung“, die im Oktober nach der Gründung des Deutschen Schützenbundes vereinigt wird zur „Deutschen Schützen- und Wehrzeitung“.

Nov. 1862 Gründung eines ersten Arbeiterfortbildungsvereins in Coburg.

ab 25. 12. 1862 Herausgabe einer „Arbeiter-Zeitung“.

ab 1. 4. 1863 „Allgemeine Deutsche Arbeiter-Zeitung“, von Ferdinand Lassalle (1825–1864) wärmstens begrüßt als erstes Organ der Arbeiterbewegung.

Vom 1. 10. 1864 – 27. 4. 1867 gab Streit nochmals ein „Coburger Tageblatt“ heraus.

Ende März 1865 mußte Streit aus finanziellen Gründen auf die weitere Herausgabe der „Wochenschrift des Nationalvereins“ verzichten und trat aus dem Nationalverein aus.

Mit seinem Verlag und seiner Druckerei geriet er zunehmend in große finanzielle Schwierigkeiten, was ihm mehrere Prozesse wegen angeblicher Veruntreuung und Verschuldung einbrachte, so daß er zwei Jahre im Gefängnis saß und erst am 13. Juli 1871 wieder in Freiheit kam.

Inzwischen haben die Erfolge Preußens in der deutschen Einigungspolitik 1866 und 1871 Feodor Streit völlig ins politische Abseits gedrängt.

Am 14. August 1904 stirbt er ziemlich vergessen in Coburg.

Das Jahr 1848 in Bamberg

Personen - Mächte - Ereignisse

Die deutsche Revolution von 1848/49 machte bekanntermaßen auch an den Toren Frankens nicht halt. Gerade im oberfränkischen Bereich, und hier vor allem in Bamberg, verstand es die demokratische Bewegung schon bald, bemerkenswerte Akzente zu setzen. Ihr gehörten, wie für die Stadt an der Regnitz vermerkt wird, „ehrenwerte Bürger mit idealistischer Gesinnung, Handwerksmeister“, aber auch „herabgekommene Individuen aller Stände, die nichts mehr zu verlieren hatten“, an.¹⁾

Die fränkische Bevölkerung beteiligte sich bereits zum frühesten Zeitpunkt an der demokratischen Erneuerung des Landes. Selbst „besitzende Schichten“ und Teile des Adels waren hiervon nicht ausgeschlossen.²⁾ Viele Advokaten, Apotheker, Ärzte, ehemalige Burschenschafter und sogar einzelne Kleriker nahmen dabei entsprechende Führungspositionen ein. Dennoch hatte diese, zunächst gezeigte Einmütigkeit, nicht lange Bestand. Existierten doch, wie gerade der Bamberger Fall zeigt, tiefgreifende Gegensätze zwischen den Oppositionellen radikaler Prägung, die auf eine völlige Veränderung der bestehenden Strukturen hinarbeiteten sowie den Epigonen einer gemäßigten bzw. konstitutionellen Lösung, die nach einem Arrangement mit den tradierten politischen Kräften strebten.³⁾

Aber nicht nur Bürgertum und Intellektuelle hingen - wenigstens zu Teilen - revolutionären Phantasien nach. Noch 1849 bekundete jedenfalls der als Untersuchungskommissar eingesetzte, unterfränkische Regierungsrat Grasser, „daß das Maintal von Aschaffenburg bis Schweinfurt am tiefsten von der Bewegung erfaßt war, und daß (besonders; d.V.) der Stand der Schiffer mit seinem zahlreichen Anhang dabei als Vermittler des revolutionären Geistes anzusehen war“.⁴⁾ Eine ähnliche Einschätzung erfuhren

darüber hinaus Flößer⁵⁾ und Häcker, im Bamberger Bereich zudem Gärtner, Weber, besitzlose Tagelöhner sowie Teile der Jugend.⁶⁾

Vielsagend heißt es daher in einem Bericht des „Bamberger Tagblatts“ vom 5. März 1848: „Die wichtigste Stadt für die Demokratie in Franken ist die Stadt Bamberg. Von den 24000 Einwohnern derselben sind an die zwei Drittheil revolutionärdemokratisch.“⁷⁾

Tatsächlich hatten sich schon in den dreißiger Jahren im Bamberger Bereich einige Agitatoren der republikanischen Bewegung organisiert, die dann im März 1848 noch besonders hervortreten sollten. Wie Georg Krauss berichtet, waren Nikolaus Titus,⁸⁾ ein Advokat, der Arzt Dr. Heinkelmann und schließlich der Redakteur des „Fränkischen Merkur“, Karl Heger, bereits 1824 polizeilich bekanntgeworden. In den frühen vierziger Jahren machte Titus, nun an der Seite des Advokaten Prell, in der Bamberger Harmoniegesellschaft erneut auf sich aufmerksam. 1844 konnten beide Teile des Bamberger Bildungsbürgertums in einer Gruppe, die als „Junges Deutschland“ titulierte wurde, um sich sammeln. Die im Gasthaus „Mondschein“ in der Sandstraße abgehaltenen Treffen wurden auch durch den Arzt Dr. Sieber gefördert, der später eine Professur in Jena übernahm. Ziel der Versammlungen schien es bereits damals zu sein, „das günstig gelegene Bamberg für eine künftige demokratische Erhebung vorzubereiten“.⁹⁾

Im Oktober 1844 ging deshalb auch eine Anzeige des damaligen Bamberger Bürgermeisters Glaser bei den Justizbehörden ein. Der Zirkel um Titus, dem nun noch die Advokaten Kumpf und Schlesing angehörten, wurde darin als ein Hort „wütende(r); d.V.) Demagogen und Revolutionäre, mit deren Grundsätzen keine gesellige und öffentliche Ordnung, keine geregelte Staatsverwaltung